

Kirche untersagt Ausstellung

VON JÖRN TÜFFERS - zuletzt aktualisiert: 24.10.2011 - 08:19

Düsseldorf (RP). Die politische Darstellung des Nahost-Konflikts stelle einseitig die Position der Palästinenser dar, sagt der Kirchenvorstand der Bunkerkirche. Bereits im März war die Ausstellung in der VHS gestoppt worden.



Die Bunkerkirche am Handweiser in Heerdt. Foto: Bußkamp, Thomas

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate ist eine Palästina-Ausstellung in Düsseldorf abgesetzt worden. Nach Absprache mit dem Erzbischof Köln hat Michael Dederichs, Leitender Pfarrer im Seelsorgebereich "Linksrheinisches Düsseldorf", entschieden: Die geplante Nakba-Ausstellung in der Bunkerkirche in Heerdt wird nicht gezeigt. "Wir tun uns schwer damit, eine politische Ausstellung, die nur eine Sichtweise zeigt, in einem Kirchengebäude zuzulassen. Andere, nicht-sakrale Orte scheinen uns für die Ausstellung sinnvoller zu sein", sagte der 50-Jährige der RP.

Im Kern geht es darum, dass ein wichtiger historischer Aspekt fehle: Der Angriff der arabischen Staaten auf Israel, nachdem der Staat Israel mit Hilfe der Vereinten Nationen proklamiert worden war. Das weisen die Verantwortlichen der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft zurück. Eine Schautafel der vom Evangelischen Entwicklungsdienst und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg geförderten Nakba-Ausstellung befasse sich ausschließlich mit diesem Thema.

Info

Nakba

Als „Katastrophe“ oder „Unglück“ wird im arabischen Sprachgebrauch die Flucht und Vertreibung von etwa 700 000 arabischen Palästinensern aus Palästina, das am 14. Mai 1948 als Staat Israel seine Unabhängigkeit erlangte, bezeichnet.

Der Exodus der arabischen Bevölkerung begann während des arabisch-jüdischen Bürgerkriegs.

Derselbe Konflikt hatte im März bereits dazu geführt, dass die Schau "Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948" in der Volkshochschule von der Stadt gestoppt worden war. VHS-Leiterin Anne Kalender-Sander hatte die Ausstellung ins Haus geholt, der zuständige Dezernent Burkhard Hintzsche (SPD) hatte den Abbau angewiesen. Damals wie heute hatte

die Jüdische Gemeinde Bedenken gegen die Ausstellung geäußert. In mehr als 60 Städten ist sie gezeigt worden.

Ingrid Rumpf zeigte sich im RP-Gespräch enttäuscht: "Da sich der Kirchenvorstand im Mai in voller Kenntnis der Kontroverse um die Ausstellung grundsätzlich positiv geäußert hatte, habe ich nicht mit einer gegenteiligen Entscheidung gerechnet", sagte die Frau, die die Ausstellung konzipiert hat. Es sei "bemerkenswert, dass die Deutungshoheit über die Geschichte des Nahostkonflikts in der Regel der jüdischen beziehungsweise der israelischen Seite überlassen wird. Dadurch zeichnen sich nicht nur kirchliche Institutionen aus, sondern genauso staatliche und kommunale Institutionen."

Dechant Dederichs betont, dass der Konflikt im Nahen Osten der katholischen Kirche nicht gleichgültig sei: "Das Leid von vielen Menschen im Heiligen Land ist uns bewusst." Immer wieder bete man in den Eucharistiefiern um Frieden und Verständigung zwischen den Völkern und Religionen. Der Streit um die Palästina-Ausstellung in der VHS hatte im Übrigen ein gerichtliches Nachspiel: Die Kammer kritisierte die Anweisung, die Schau abzubauen. Die "Art und Weise der Genese und des Vollzugs der Abbruchentscheidung, insbesondere die damalige Kommunikation mit dem Kläger (. . .) war jenseits rechtlicher Maßstäbe mangelhaft", heißt es in der Begründung.